

 Bundeskanzleramt

[bundeskanzleramt.gv.at](http://bundeskanzleramt.gv.at)

Bundesministerin für  
Frauen und Integration

**MMag. Dr. Susanne Raab**  
Bundesministerin für Frauen und Integration

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.649.944

Wien, am 7. Dezember 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Schnedlitz, Kolleginnen und Kollegen haben am 7. Oktober 2020 unter der Nr. **3685/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Bildungsbereich als Bremse der Integration“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu den Fragen 1 und 2:**

1. *Planen Sie aufgrund der Ergebnisse des Integrationsberichts 2020 weitere Projekte und Maßnahmen um der weiteren Verschlechterung im Bildungsbereich bei Kindern mit Migrationshintergrund entgegenzuwirken?*
  - a. *Wenn ja, welche konkret? (Bitte um Auflistung nach Projekt/Maßnahme, Schultyp, Schulstufe und Bundesland)*
  - b. *Wenn ja, wann sollen diese umgesetzt werden?*
  - c. *Wenn ja, welche finanziellen und personellen Mittel werden dafür benötigt?*
  - d. *Wenn ja, wie hoch sind die jeweiligen Kosten der Projekte/Maßnahmen?*
  - e. *Wenn ja, wie viel Budget steht Ihnen dafür zur Verfügung?*
  - f. *Wenn ja, von wem sollen diese Projekte/Maßnahmen geleitet werden?*
  - g. *Wenn nein, weshalb nicht?*

2. Planen Sie aufgrund der Ergebnisse des Integrationsberichts 2020 weitere Projekte und Maßnahmen in anderen Bereichen?
  - a. Wenn ja, welche konkret? (Bitte um Auflistung nach Projekt/Maßnahme, Zielgruppe und Bundesland)
  - b. Wenn ja, wann sollen diese umgesetzt werden?
  - c. Wenn ja, welche finanziellen und personellen Mittel werden dafür benötigt?
  - d. Wenn ja, wie hoch sind die jeweiligen Kosten der Projekte/Maßnahmen?
  - e. Wenn ja, wie viel Budget steht Ihnen dafür zur Verfügung?
  - f. Wenn ja, von wem sollen diese Projekte/Maßnahmen geleitet werden?
  - g. Wenn nein, weshalb nicht?

Eine Integrationspolitik, die die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zum Ziel hat, muss gesamtgesellschaftlich gedacht werden. Deren wesentlicher Stellenwert ist im aktuellen Regierungsprogramm „Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020 – 2024“ durch die zahlreichen integrationspolitischen Vorhaben, die sowohl in meinen Zuständigkeitsbereich, als auch in den Zuständigkeitsbereich meiner Regierungskolleginnen und Regierungskollegen fallen, klar ersichtlich. Ich ersuche um Verständnis, dass Aussagen zu zukünftigen Maßnahmen sowie Angaben zu finanziellen Auswirkungen erst bei der konkreten Umsetzung der Regierungsprojekte getroffen werden können.

Ich darf darüber hinaus auf die vom Bundeskanzleramt veröffentlichten und laufend aktualisierten Informationen zu den Projektförderungen Integration unter <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/agenda/integration/projektfoerderung.html> verweisen.

### Zu den Fragen 3 bis 6:

3. Befürworten Sie den Ausbau weiterer Deutschförderklassen um der weiteren Verschlechterung im Bildungsbereich bei Kindern mit Migrationshintergrund entgegenzuwirken?
  - a. Wenn ja, wie weit sollen die Deutschförderklassen ausgebaut werden? (Bitte um Auflistung nach Schultyp, Schulstufe und Bundesland)
  - b. Wenn ja, wann sollen diese ausgebaut werden?
  - c. Wenn ja, welche finanziellen und personellen Mittel werden dafür benötigt?
  - d. Wenn ja, wie hoch wären die Kosten?
  - e. Wenn ja, wie viel Budget steht Ihnen dafür zur Verfügung?
  - f. Wenn ja, wie sollte der Leitfaden für die Primarstufe aussehen?

- g. *Wenn ja, wie sollte der Leitfaden für die Sekundarstufe aussehen?*
    - h. *Wenn ja, wie sollte der Leitfaden für die Sekundarstufe II und die polytechnischen Schulen aussehen?*
    - i. *Wenn nein, weshalb nicht?*
  - 4. *Wird sich der im Regierungsprogramm vorgesehene Beirat für Elementarpädagogik mit den aufgezeigten Problemen des Integrationsberichts beschäftigen?*
    - a. *Wenn ja, in welcher Form?*
    - b. *Wenn ja, wie oft und in welchen Abständen wird der Beirat tagen?*
    - c. *Wenn nein, warum nicht?*
  - 5. *Befürworten Sie ein verpflichtendes zweites Kindergartenjahr wie von Katharina Pabel (Leiterin des Expertenrates für Integration) empfohlen?*
  - 6. *Wie stellen Sie sicher, dass sich die Ergebnisse im Bildungsbereich vor allem in Zeiten der Corona-Krise nicht noch weiter verschlechtern werden?*

Ich ersuche um Verständnis, dass diese Fragen nach den Bestimmungen des Bundesministeriengesetzes 1986 in der geltenden Fassung, BGBl. I Nr. 8/2020, im Zusammenhang mit der Entschließung des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl. II Nr. 18/2020 nicht Gegenstand meines Vollziehungsbereiches sind und somit nicht beantwortet werden können. Darüber hinaus sind Meinungen und Einschätzungen nicht Gegenstand des parlamentarischen Interpellationsrechtes.

MMag. Dr. Susanne Raab

